

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 07.10.2010 um 17.35 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Stadträtin Wachter (für Bgmin. Regan)

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt (für Stadtrat Böhm, bis 18.40 Uhr, Ziffer 2)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter:

Oberrechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner
Bauamtsleiter Janner
Stadtplaner Neumann (bis Ziffer 6)
Herr Haupt (SG 63)
Herr Volkamer (SG 63)
Herr Weißkopf, Straßenbauamt Würzburg (Ziffern 1 und 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Steinruck

Stadtrat Popp
Stadträtin Glos
Stadtrat E. Müller

Entschuldigt fehlten:

Bürgermeisterin Regan
Stadtrat Böhm

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Kreisverkehr E-Center: hier: Vorstellung des Bauentwurfes

- A. Eingangs informiert Bauamtsleiter Janner über den Sachverhalt und geht auf die Chronologie seit 2004 ein. Die Kosten für den Kreisverkehr (576.000,00 €) sowie für die Anbindung der Marktbreiter Straße für Schwertransporte (110.000,00 €) belaufen sich auf insgesamt 686.000,00 €, die mit jeweils 50 % auf das Straßenbauamt und der Stadt Kitzingen aufgeteilt werden. Die Stadt erhalte darüber hinaus Zuschüsse nach GVFG bzw. FAG. Mit Blick auf die Kosten für das Provisorium an der Marktbreiter Straße spricht sich die Verwaltung weiterhin für eine funktionsfähige Ausfahrt auf die ST 2271 aus.

Herr Weißkopf, Straßenbauamt Würzburg geht im folgenden ausführlich anhand der Pläne auf die gegenwärtige Situation, die Verkehrszählungen sowie dem Ergebnis, an dieser Stelle einen Kreisverkehr umsetzen zu können, ein. Die Planungen wurden mit der Firma EDEKA abgestimmt, die im Zusammenhang mit der Maßnahme ebenfalls bauliche Veränderungen vornehme. Darüber hinaus geht er auf die provisorische Einfahrt für Schwertransporte im Bereich der ST 2271 ein, die mangels Befahrbarkeit über den Kreisverkehr benötigt werde.

Auf die Frage nach den Vorteilen verweist Herr Weißkopf im Wesentlichen auf die Verkehrssicherheit und die Entschleunigung, die ein Kreisverkehr bietet.

Die geforderte Ausfahrt auf die ST 2271 lehne das Straßenbauamt strikt ab. Dies haben die Verkehrszählungen ergeben. Außerdem würde man sich mit einer weiteren Ausfahrt an der stark befahrenen Staatsstraße weitere Verkehrsprobleme schaffen.

Stadträtin Schmidt und Stadtrat Moser beziehen sich auf die enormen Kosten und geben die Finanzierung mit Blick auf die Haushaltslage zu Bedenken. Ihrer Auffassung nach, sei ein Kreisverkehr nicht zwingend erforderlich.

Hinsichtlich der Haushaltsmittel stellt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer fest, dass der Kreisverkehr gegenwärtig noch nicht im Haushalt eingestellt sei und die Eigenmittel unter Beachtung der Beteiligung des Straßenbauamtes sowie der Zuschüsse bei ca. 150.000,00 € liegen. Die Maßnahme sollte nicht über weitere Kreditaufnahmen bzw. weiteren Rücklagenentnahmen finanziert werden. Seiner Auffassung nach, müsse man sich mit Blick auf die weiteren nicht im Finanzplan enthaltenen Maßnahmen Prioritäten setzen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Kreisverkehr, wobei im Wesentlichen die hohen Kosten zu Bedenken gegeben werden, es sich gleichwohl eine Mehrheit herauskristallisiere. Darüber hinaus wird weiterhin die Ausfahrt über die Marktbreiter Straße/ST 2271 gefordert.

Oberbürgermeister Müller verweist deutlich auf den Wunsch des Stadtrates, die Planungen für den Kreisverkehr voranzutreiben, da die Kreuzung unüberschaubar und verkehrsunsicher sei. Aus diesem Grund erwarte er eine positive Entscheidung.

Herr Weißkopf stellt dar, dass der Beschluss des Kreisverkehrs und die Forderung nach der Ausfahrt nicht verquickt werden dürfe, da das Straßenbauamt der Ausfahrt ohnehin nicht zustimmen werde und damit die Umsetzung des Kreisverkehrs gefährdet sein könnte.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, diesen Umstand bei der Beschlussfassung zu beachten und verweist diese in die Stadtratssitzung am 14.10.2010.

2. Umgestaltung Friedrich-Ebert-Straße/B 8 Knoten

Im Nachgang zum Ortstermin im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße haben die Stadträte verschiedene Frage zur Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße/B 8 Knoten, worauf Herr Weißkopf darstellt, dass die Planung von der Stadt sowie vom Straßenbauamt ausging und die Federführung der Maßnahme bei der Stadt lag.

Bauamtsleiter Janner konkretisiert, dass die Straßenradianten als Vorgabe vom Straßenbauamt festgelegt wurden und die Planung der Nebenflächen von der Stadt durchgeführt wurde.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, wer die Vorgaben hinsichtlich der Bushaltestelle bzw. für die Straßenrinne gab.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass die Bushaltestelle vom Straßenbauamt vorgegeben wurde und die innere Gehwegrinne in der Verantwortung der Stadt liege.

2. Bürgermeister Christof verweist auf die Fällung der Bäume und sein Anliegen, die neuen Bäume nicht an gleicher Stelle in Raumhemmer zu pflanzen, sondern in den Grünbereich zu versetzen, was angeblich seitens des Straßenbauamtes abgelehnt wurde.

Bauamtsleiter Janner stellt richtig, dass dies seitens der Regierung von Unterfranken als Fördergeber abgelehnt wurde, da mit der Umplanung die Zuschüsse gefährdet werden könnten.

Lediglich die Anordnung der neu zupflanzenden Bäume wurde optimiert.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

3. Hauptschule Siedlung - Kitzingen:

hier: Energetische Sanierung und Umsetzung des Brandschutzkonzeptes

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Bei der energetischen Sanierung wird eine 3-fach Verglasung realisiert und die bereitgestellten Mittel 2010/2011 bei der HH-Stelle 1.2122.9451 von 1.445.000 € um 35.000 € auf 1.480.000 € erweitert.
3. Die für die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes bei der HH-Stelle 1.2122.9450 bereitgestellten Mittel 2010/2011 werden von 480.000 € um 110.000 € auf 590.000 € erweitert.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bauleistungen bis spätestens Ende 2012 umzusetzen.

4. Auflösung des bisherigen Schulverbandes Buchbrunn:

Übertragung des Grundschulaufwandes auf den Schulverband Volksschule Buchbrunn - Mittelschule

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen nimmt die Auflösung des bisherigen Schulverbandes Buchbrunn zur Kenntnis.
2. Der Grundschulaufwand für die Schülerinnen und Schüler aus Repperndorf wird auf den neu entstandenen Schulverband Volksschule Buchbrunn – Mittelschule übertragen, dem anliegenden öffentlich-rechtlichen Schulvertrag wird zugestimmt.

3. Der öffentlich-rechtliche Schulvertrag nach Art. 8 Abs. 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) ist wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses.

5. Nordtangente BA I - Lärmschutzwände Nr. 1 und 6;
hier: Planungs- und Ausführungsvereinbarungen mit DB Netz AG

Herr Haupt geht ausführlich auf den Sachverhalt, den Standorten der Lärmschutzwände sowie den Ausführungsvereinbarungen ein.

2. Bürgermeister Christof möchte wissen, weshalb die Stadt die Folgekosten übernehme. Bauamtsleiter Janner erklärt, dass aufgrund des Verursacherprinzips (Stadt hat Planfeststellungsverfahren durchgeführt) die Stadt die Folgekosten zunächst übernehmen müsse, es jedoch noch nicht klar sei, wer in Zukunft die Straßenbaulast innehatte und deshalb die Unterhaltungspflicht wieder wechseln könnte.

Stadtrat Moser stellt fest, dass die Bahn nachts zu schnell fahre und die Richtwerte der Bahn nachgewiesenermaßen nicht eingehalten seien und fragt nach, ob man diesbezüglich auf die Bahn zugehen könnte.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass die Bahn bei derartigen Fällen freiwillig indirekte Lärmschutzmaßnahmen (Schallschutzfenster) bei den Eigentümern vornehme.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, hinsichtlich der Geschwindigkeiten auf die Bahn zuzugehen.

Da die Vereinbarungen als Tischvorlagen verteilt wurden verweist Oberbürgermeister Müller die Beschlussfassung in die Stadtratssitzung am 14.10.2010.

6. Regionalplan der Region Würzburg - Fortschreibung Kapitel B X "Energieversorgung";
hier: Anhörungsverfahren mit Einbeziehung der Öffentlichkeit

A. Stadtplaner Neumann geht ausführlich auf die Fortschreibung des Regionalplanes ein und verweist auf die Stellungnahme der Stadt Kitzingen.

Stadträtin Kahnt ist der Auffassung, dass neben der Fernwärme auch die zentrale Versorgung über Blockheizkraftwerke bzw. Photovoltaikanlagen genannt werden sollten.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

B. Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat nimmt das gemäß Abschnitt 1.3 im Kapitel B X „Energieversorgung“ der Fortschreibung des Regionalplans formulierte Ziel der Raumordnung zur Trassenbündelung zur Kenntnis.

Es wird künftig im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung seine Berücksichtigung finden.

3. Der Stadtrat äußert sich zu Abschnitt 4.1 des Kapitels B X „Energieversorgung“ der Fortschreibung des Regionalplans wie folgt:

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint eine Fortschreibung dieses Ziels nicht hinreichend begründet. Daher sollte vor genauer Prüfung der Umsetzbarkeit eine entsprechende Zielfestlegung aus Sicht der Stadt Kitzingen nicht erfolgen.“

Darüber hinaus spricht sich der Stadtrat der Stadt Kitzingen dafür aus, den Einsatz der Möglichkeiten der zentralen Nahwärmeversorgung verstärkt in Abwägung zu dezentralen Technologien, wie z. B. BHKW's, Erdwärmesonden, etc. zu prüfen.

7. Antrag des Kath. Pfarramtes St. Vinzenz auf Gewährung eines Zuschusses zur Innenrenovierung des Pfarrhauses St. Vinzenz

Mit 12 : 0 Stimmen

Dem Kath. Pfarramt St. Vinzenz wird aus Konsequenzgründen für die Innenrenovierung des Pfarrhauses St. Vinzenz kein Zuschuss gewährt.

8. Haushaltsüberschreitung

Mit 12 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Genehmigung einer Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2010 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VmHh:</u> 8891 9328	Herstellungs- und Erschließungsbeiträge bisher bereitgestellt: somit insgesamt:	0,00 €	41.046,00 € <u>35.858,00 €</u> <u>76.904,00 €</u>

wird stattgegeben.

Die Deckung erfolgt durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 2122 9451 - Hauptschule Siedlung, Energetische Sanierung.

9. Sportzentrum Sickergrund - Sanierung Freisportanlage:
hier: Vergabe der Ingenieurleistung nach HOAI

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die nichtöffentliche Vorberatung und bittet um Beschlussfassung.

B. Mit 6 : 6 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wird Kenntnis genommen.
2. Das Landschaftsarchitekturbüro arc.grün, Kitzingen erhält den Auftrag für die Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit den Sanierungsarbeiten an der Laufbahn im Sickergrund. Grundlage ist das Angebot vom 15.09.2010. Der Auftragswert beträgt voraussichtlich inkl. Nebenkosten 29.743,60 € brutto.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, einen entsprechenden Ingenieurvertrag abzuschließen.

C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Verwaltungsvorschlag abgelehnt wurde und die Maßnahme nun nicht durchgeführt werden könne.
Auf die Bedenken von 2. Bürgermeister Christof, dass es lediglich um die Auftragsvergabe jedoch nicht um die Maßnahme als Solches gehe, stellt Oberbürgermeister Müller fest, dass der vorgesehene Zeitplan nicht eingehalten werden könne.

Auf Nachfrage zur Behandlung im Stadtrat macht Oberrechtsrätin Schmöger deutlich, dass der Finanzausschuss abschließend zuständig sei und eine Behandlung im Stadtrat entfalle.

2. Bürgermeister Christof stellt den Antrag, dass die Verwaltung Angebote bei den ausführenden Fachfirmen selbst einholen solle.

Oberbürgermeister Müller verweist diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung.

10. Bahnhof Kitzingen - Errichtung eines Parkplatzprovisoriums auf den ehemaligen Betriebsflächen im Bereich Nord und Süd;
 hier: Vorstellung der Entwurfs- und Kostenplanung

A. Bauamtsleiter Janner geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und stellt die Planungen der Provisorien im nördlichen und südlichen Bereich verbunden mit den nötigen Abbrucharbeiten dar. Mit Blick auf die finanziellen Mittel - auch unter Berücksichtigung der Kostenbeteiligung der Bahn in Höhe von 48.000,00 € (Frist 08/2011) - sollte im nördlichen Bereich lediglich der Abbruch erfolgen und die Flächen begradigt werden. Im südlichen Bereich sollte neben dem Abbruch auch das Provisorium geschaffen werden. Hierdurch würden insgesamt ca. 150 Parkplätze entstehen. Abschließend geht er auf die Einstellung der Haushaltsmittel zur Finanzierung der Maßnahme (Eigenmittel in Höhe von 557.000,00 €) sowie die Förderung der einzelnen Bereiche ein (Abbruch wird bei späterer Maßnahme gefördert, Provisorium hingegen nicht). Auf die Anregung, bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Parkpalette zu bauen, um sich das Provisorium sparen zu können, verweist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer, dass dies nur mit vorzeitigem Baubeginn möglich wäre, die Genehmigung durch die Regierung von Unterfranken jedoch mangels Förderantrag nicht gegeben werden könne. Aus diesem Grund könne man lediglich die Provisorien errichten, da die weiteren Maßnahmen zuschussschädlich seien.

Stadtrat Schmidt gibt die Kosten für das Provisorium mit Blick auf die Haushaltslage zu Bedenken und verweist auf die Zeitdauer, in der das Provisorium bestehen bleiben und die weitere Entwicklung in diesem Bereich einschränken könnte.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass die Zeitdauer auch von der Beschlussfassung des Stadtrates abhängt und er im Übrigen weiterhin einen städtebaulichen Wettbewerb für das richtige Instrument halte. Darüber hinaus werde man in Kürze aufgrund der Nachfrage der Pendler zum Handeln gezwungen werden. Hinsichtlich der Provisorien stellt er dar, dass manche Materialien (z. B. Schotterungen) bei der späteren Maßnahme wieder verwendet werden könnten.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist hinsichtlich des weiteren Vorgehens bezüglich der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes auf die einzelnen Einstellungen im Finanzplanungszeitraum für P+R-Plätze, Parkpalette und Omnibusparkplatz, wodurch die weitere Planung und Umsetzung verdeutlicht werde, wie Oberbürgermeister Müller ergänzt.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt, dass seit geraumer Zeit die Problematik bekannt sei und man nun mit Provisorien agieren müsse, worüber sie ihren Unmut ausspricht. Sie möchte wissen, ob das Provisorium die kostengünstigste Lösung sei und ob die Verwaltung parallel an der Umsetzung der späteren Maßnahme arbeite.

Bauamtsleiter Janner verweist auf die Kostengünstigkeit der Maßnahme und verneint die parallele Planung mangels Kapazitäten.

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, mit Blick auf den Fixpunkt „Kostenbeteiligung der Bahn“ lediglich die Umsetzung im nördlichen Bereich vorzunehmen und den Süden Außen vor zu lassen. Darüber hinaus verweist er auf die Anträge der KIK hinsichtlich der Aufstellung des Bebauungsplanes im südlichen Bereich, die allesamt positiv abgestimmt wurden, die Verwaltung jedoch keine Umsetzung veranlasst habe. Darüber hinaus bittet er um Prüfung, inwiefern für das Provisorium eine Genehmigung benötigt werde.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass das Gros der Anträge im Rahmen der Planung abgearbeitet werden sollte, die noch nicht begonnen wurde.

Oberrechtsrätin Schmöger könne hinsichtlich der Genehmigung erst nach rechtlicher Prüfung eine Aussage treffen.

Stadtrat Moser stellt fest, dass für diesen Bereich eine abschließende Planung eines Kitzinger Büros vorliege, die seiner Auffassung nur aufgrund persönlicher Animositäten mancher Stadträte gegenüber diesem Büro nicht umgesetzt wurde.

B. Mit 4 : 8 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die vorgestellten Planungen der Parkplatzprovisorien südlich und nördlich des Bahnhofsgebäudes Kitzingen werden in technischer, wirtschaftlicher und zeitlicher Hinsicht anerkannt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahmen gemäß dem Umsetzungsvorschlag der Verwaltung (Nr. 3 c des Sachvortrages) schnellstmöglich auszuschreiben und umzusetzen.
4. Der Oberbürgermeister wird zur beschleunigten Nutzbarmachung o. g. Parkplatzprovisorien insbesondere für die von der laufenden Baumaßnahme „Friedrich-Ebert-Straße“ betroffenen Anlieger ermächtigt, die Vergabe der Rückbau- und Altlastensanierungsarbeiten zu vollziehen.
5. Zur Finanzierung der Maßnahmen werden die notwendigen Mittel für den Bereich Süd in Höhe von 21.000 € unter der HH-Stelle 1.6300.9501 und für den Bereich Nord in Höhe von 180.000 € unter der HH-Stelle 1.6300.9503 überplanmäßig in den Haushalt 2010 eingestellt. Die Deckung der überplanmäßigen Mittel erfolgt über die HH-Stelle 1.6309.9501, Bau der Nordtangente. Weiterhin werden im Haushaltsplan 2011 unter HH-Stelle 1.6300.9503, 31.500 € und unter der HH-Stelle 1.6300.9423, 91.000 € zur Restfinanzierung eingestellt.

C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde und nochmals im Stadtrat behandelt werden müsse.

11. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof

Anliegen von Herrn Volk – Blumenlädchen am Rosengarten

2. Bürgermeister Christof verweist auf das Anliegen von Herrn Volk, Pächter des Blumenlädchens am Rosengarten, der im Zuge der Umbaumaßnahme am Rosengarten zu Werbezwecken zwei Fahnenhülsen auf eigene Kosten in den Gehweg installieren lassen möchte. Er spricht seinen Unmut darüber aus, dass der Oberbürgermeister dies mündlich abgelehnt habe. Seiner Auffassung nach sollte man ihm das genehmigen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf ein sehr großes Entgegenkommen, welches man Herrn Volk bei seinen bisherigen Anregungen entgegengebracht habe, die Hülsen in öffentlichem Grund jedoch einer Sondernutzung gleichkommen und diese deshalb mit Blick auf die Präzedenzfälle nicht genehmigt werden sollte.

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass das Gebäude im Eigentum der Stadt liege und diese deshalb in Zukunft einen Nutzen von dieser Maßnahme haben könnte. Ihrer Auffassung nach sollte man eine Genehmigung erteilen.

Oberbürgermeister Müller stellt nach weiteren Wortmeldungen hierzu fest, dass er an seiner Meinung festhalte und er dies Herrn Volk schriftlich mitteilen werde.

Auf Nachfrage zur Behandlung im Stadtrat stellt Oberrechtsrätin Schmöger dar, dass hierüber der Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit entscheiden könne.

12. Hinweis von Stadtrat Schmidt

Stellungnahme zur Aussage von Stadtrat Moser
Vergabe der Ingenieurleistung Laufbahn Sickergrund

Stadtrat Schmidt spricht die Aussage von Herrn Stadtrat Moser zur Vergabe der Ingenieurleistungen an, wonach die Stadträte, die der Vergabe nicht zugestimmt haben, den „Karren an die Wand gefahren“ hätten. Er stellt richtig, dass mit der Entscheidung die Vergabe nochmals überprüft werden sollte.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 8 abgeschlossen sei und er deshalb diese Diskussion abbreche.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer